

Dem Informationsinteresse des Bundestages an dem Thema wird durch die gegebene Antwort weitgehend Rechnung getragen. Ein Interesse an den genauen Details der Gespräche muss hinter dem Vertraulichkeitsinteresse der Bundesregierung zurückstehen.

Auch eine VS-NfD eingestufte Vorlage an den Bundestag wird dem Vertraulichkeitsinteresse der Bundesregierung nicht gerecht. Trotz einer VS-NfD Einstufung bliebe das Risiko bestehen, dass Details nach außen dringen und die Erfolgsaussichten dieser oder künftiger Gespräche vermindern würden.

Änderungen an den Einreisebedingungen für israelische Staatsangehörige nach Deutschland sind nicht erfolgt.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 20/9462 verwiesen.

42. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD) Welche konkreten Personen betrachtet die Bundesregierung als aus politischen Gründen Inhaftierte, die laut Forderung einer Sprecherin des Auswärtigen Amts aus russischer Haft freigelassen werden sollen (www.tagesschau.de/ausland/europa/aussenministerium-russischer-botschafter-nawalny-100.html)?
43. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD) Hat die Bundesregierung gegenüber dem russischen Botschafter die Freilassung konkreter Personen aus russischer Haft gefordert, und wenn ja, um welche konkreten Personen handelt es sich (www.tagesschau.de/ausland/europa/aussenministerium-russischer-botschafter-nawalny-100.html)?

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann
vom 27. Februar 2024**

Die Fragen 42 und 43 werden zusammen wie folgt beantwortet.

Die Bundesregierung verurteilt die Instrumentalisierung der russischen Justiz gegen Kritikerinnen und Kritiker der russischen Regierung und des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die folglich deutlich steigende Zahl von in Russland aus politischen Gründen Inhaftierten. Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie unabhängige Menschenrechtsorganisationen in Russland haben mehr als 600 Fälle von aus politischen Gründen Inhaftierten registriert (u. a. „Unterstützung für politische Gefangene.Memorial“ (<https://memo.pzk.org/common-list/>) und „OVD-Info“ (<https://en.ovdinfo.org/data-politically-motivated-criminal-prosecutions-russia>)). Es muss zudem von einer erheblichen Dunkelziffer bisher nicht erfasster Fälle ausgegangen werden.

Die Bundesregierung fordert Russland wiederholt auf, alle aus politischen Gründen Inhaftierten unverzüglich und bedingungslos freizulassen. Aufgrund der erheblichen Anzahl politischer Gefangener können dabei einzelne Personen nur beispielhaft benannt werden, wie z. B. im Rahmen der gemeinsamen EU-Erklärung vom 19. Februar 2024 (www.onsilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/02/19/russia-statement-

by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-the-death-of-alexei-navalny/). Die Bundesregierung äußert sich grundsätzlich nicht zu Inhalten vertraulicher Gespräche und somit auch nicht zu konkreten Inhalten des bei Einbestellung des russischen Botschafters am 19. Februar 2024 Besprochenen. Auf die diesbezügliche Presseerklärung (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz/2644874) wird verwiesen.

44. Abgeordneter
Ralph Brinkhaus
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen werden ergriffen zur Umsetzung der im Rahmen des G20-Gipfels am 10. September in Dehli von Deutschland unterzeichneten Absichtserklärung (Memorandum of Understanding – MoU) zu den Grundzügen eines India-Middle East-Europe Economic Corridors (IMEC), und wie ist der Umsetzungsstand auf nationaler und EU-Ebene (siehe z. B. www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2023/09/09/memorandum-of-understanding-on-the-principles-of-an-india-middle-east-europe-economic-corridor/)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Thomas Bagger
vom 26. Februar 2024**

Die Bundesregierung hat sich am Rande des G20-Gipfels am 20. September 2023 in New Delhi mit den Regierungen von Saudi-Arabien, Indien, Vereinigten Arabischen Emiraten, Frankreich, Italien, den USA und der Europäischen Union auf Prinzipien einer Zusammenarbeit zum Aufbau eines India-Middle East-Europe Economic Corridors (IMEC) verständigt. Die Bundesregierung konsultiert mit der Europäischen Kommission über nächste Schritte, deren weitere Umsetzung auch von der Entwicklung der Lage in der Region abhängt.

45. Abgeordnete
Dr. Katja Leikert
(CDU/CSU)
- Befürwortet die Bundesregierung die Sanktionierung der neu aufgesetzten russischen Entitäten „Africa Corps“ und „African Initiative“, die für den russischen Staat immer mehr Aufgaben und Geschäftsbereiche der Söldnergruppe Wagner auf dem afrikanischen Kontinent übernehmen, und wie verhindert die Bundesregierung darüber hinaus, dass die schrittweise Ablösung der umfangreich sanktionierten Wagner-Gruppe durch andere russische Organisationen nicht zu einer unfreiwilligen Schwächung des europäischen Sanktionsregimes führt?

**Antwort der Staatssekretärin Susanne Baumann
vom 27. Februar 2024**

Die Gruppe Wagner sowie zahlreiche mit ihr in Verbindung stehende Personen und Entitäten sind innerhalb mehrerer Sanktionsregime der Europäischen Union (EU) bereits mit Sanktionen belegt. Der bestehende